

Der Bundesbeitrag (Ausfallhaftung des Bundes) ist ein integrierender Finanzierungsbestandteil und keineswegs das Defizit der Pensionsversicherung. Alle Pensionsversicherungsreformen der letzten Jahre dienten in erster Linie der Budgetkonsolidierung. Dabei wurde die Ungerechtigkeit des Systems nicht angetastet, dass die Unselbstständigen / Arbeitnehmer ihre Pensionen zu 84,4 Prozent aus den laufenden Beitragseinnahmen finanzieren, die Gewerbetreibenden aber nur zu 48,6 Prozent und die Bauern lediglich zu 31,1 Prozent.

Statt dem von der Regierung vorgelegten Pensionsbelastungspaketes sollten Maßnahmen ergriffen werden, um die Arbeitsmarktchancen für ältere Arbeitnehmer zu erhöhen. Dadurch würde ein positiver Mehrfacheffekt eintreten: Die steigende Beschäftigung bringt Mehreinnahmen, die Arbeitslosenversicherung kann Überschüsse zur Pensionsversicherung umschichten, während das faktische Pensionsalter ansteigt, indem potenzielle Pensionisten als Beitragszahler weiter Beiträge einzahlen. Weiters würde der illegale Arbeitskräfteeinsatz durch "schwarze Schafe" unter den Unternehmern bekämpft werden. Dadurch und mit Hilfe verstärkter Bemühungen zur Eintreibung von Steuerschulden könnten Mehreinnahmen von 3 Mrd. S erzielt werden.